

## Das Wirtschaftsjahr 1917.

Zweiter (Schluß-) Artikel.

### Die Preissteigerungen.

Die Beschaffung ungeheurer Geldmittel, wie sie die Welt nie zuvor gesehen, ist nicht das einzige, woran zu erkennen ist, daß dieser Krieg in der Tat das größte Erlebnis ist, das je einer Generation beschieden war. Alles ist ins Riesengroße, Ueberlebensgroße, Märchenhafte gestiegen. Zwar hatte schon das Jahr 1916 Preissteigerungen gebracht, die man keiner weiteren Hinaufführung mehr für fähig hielt, aber das jetzt zu Ende gegangene Jahr hat das, was im Vorjahre noch als nicht zu überbietende Teuerung gelten durfte, als billig erscheinen lassen. Die Höchstpreise mußten immer höher hinaufgeschraubt werden, waren aber selbst auf diesem Stande, wenn man sie mit dem Vergleich, was im Schleichhandel gezahlt wurde, noch unendlich niedrig. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß nicht bloß die Wohlhabenden solche phantastische Preise zahlten, sondern auch viele, denen es ungemein schwer fiel, sich zwar sehr ungern, aber doch dazu verstanden, Anschaffungen zu Preisen zu machen, die über die amtlich festgesetzten Preise weit hinausgingen. Man würde es nicht für möglich halten, daß breite Volksschichten die unglaubliche Teuerung wie sie im Jahre 1917 bestand, auszuhalten vermögen, wenn man nicht wüßte, daß der Krieg Verdienst bis in die untersten Schichten der Bevölkerung brachte.

Wie könnte man es sich sonst erklären, daß trotz der Teuerung, die doch die Kaufkraft schwächt, die Einlagen in den Sparkassen fortwährend im Wachstum begriffen sind. Die kleinste Provinzsparkasse weist einen höheren Einlagenstand aus als zu Beginn des Krieges und auch als zu Anfang des Jahres 1917. Die Landwirtschaft konnte die Abtragung ihrer Schulden fortsetzen, sie steht gekräftigter da als je. Nicht nur ihr Getreide, ihr Vieh, ihr Obst, auch jedes Kilogramm Butter, jedes Ei, jedes Huhn konnte sie zu nie erhofften Preisen absetzen. Zahlreiche Personen, die Hypothekendarlehen aufgenommen hatten, konnten sie zurückzahlen und ihr Haus schuldenfrei machen. Den Angestellten aller Kategorien, im Staats- sowie im Privatdienst, mußten Zulagen gewährt, in vielen Industrieunternehmen außerdem für die Naturalverpflegung der Arbeiter Sorge getragen werden. Es war ein Ausnahmestadium in noch höherem Grade als das Jahr unmittelbar vorher. Eine ganze lange Reihe von Verordnungen, die sich an die in der früheren Kriegszeit erlassenen angeschlossen, suchte nach Möglichkeit zu bessern, aber die großen Bedürfnisse der Armee im Felde und die hinter der Schätzung zurückbleibenden Ernteergebnisse machten es notwendig, das Sparsystem in bezug auf die Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel noch nicht aufzugeben, vielmehr noch weiter auszubauen.

### Die Kriegsmassnahmen zur Versorgung der Bevölkerung.

Hatte es schon in den ersten Kriegsjahren eine ganze Kartensammlung für rationierte und rationierte Artikel gegeben, so brachte das Jahr 1917 einen weiteren Zuwachs. Es wurde eine Petroleumbezugskarte eingeführt (28. Jänner), eine Kohlenkarte (5. September), eine Kleiderkarte (25. September), eine Kartoffelkarte (13. Oktober), ferner auch eine Seifen- und Marmeladenkarte sowie ein allgemeiner Einkaufschein. Ein Erlaß des österreichischen Ernährungsamtes verfügte Organisationsarbeiten zur Errichtung von Kriegsküchen. Zur Erleichterung der Lebensführung der Mindestbemittelten wurden von der Regierung am 2. März 300 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt. Am 4. Februar wurde das Saccharinmonopol eingeführt, am 4. März der Unterhaltsbeitrag für die Familien der Eingekerkerten erhöht. Am 28. Jänner wurde die Verordnung zum Schutze der Mieter, am 28. März die Preistreibeiverordnung erlassen. Im Laufe des Jahres traten auch die Preisprüfungsstellen in Kraft. Ein eigenes Ministerium für soziale Fürsorge hat kurz vor Jahresluß seine Tätigkeit begonnen. An neuen, durch den Krieg notwendig gewordenen Aemtern wurden außerdem ins Leben gerufen

ein gemeinsamer Ernährungsausschuß zur unmittelbaren Disposition des Kaisers (4. März) und ein gemeinsamer Kohlenauschuß im Kriegsministerium für den Verkehr mit dem Auslande (12. April). Auch ein Ernährungsrat und Ernährungsinspektorate wurden geschaffen.

### Die Lage der Industrie.

Eine so gute Konjunktur wie 1915 und 1916 hat die Industrie im Jahre 1917 nicht mehr gehabt. Zwar waren alle Industrieunternehmen, die direkt oder indirekt für den Staat zu arbeiten oder Ersatzgegenstände für die Bevölkerung zu erzeugen hatten, mit Bestellungen reichlich versehen, aber die allgemeine Teuerung sowohl der Rohmaterialien als auch der Nahrungsmittel, die zu erhöhten Personalausgaben zwang, übte auf die Geschäftserträge einen ungünstigen Einfluß. Deutlich ist dies aus den letzten Quartalsbilanzen österreichischer Eisenindustrie-gesellschaften zu ersehen, von denen jede in den Monaten Juli, August, September mit einem Ausfall von 6 Millionen Kronen schloß. Andre Industrieunternehmen, die nur Jahresbilanzen veröffentlichen, haben ihre Aktionäre nicht darüber im Zweifel gelassen, daß sie infolge der stark gestiegenen Ausgaben nicht in der Lage sein werden, dieselbe Dividende wie im Vorjahre zu bezahlen. Seitens verschiedener Kohlen-, Maschinenfabriks-, Elektrizitätsgesellschaften usw. ist das Publikum bereits darauf vorbereitet worden. Auch sonst hatten Industrien der verschiedensten Art mit Behinderungen infolge Kohlen- und Waggomangels zu kämpfen. Eine ganze Reihe von Verordnungen hat Verbrauchseinschränkungen und Produktionsverminderungen eingeführt. Daneben gibt es Industrien, wie die Bau-, Ziegel- und Zementindustrie, die überhaupt in der Kriegszeit, wenn auch nicht zu vollständiger Untätigkeit verurteilt, so doch zu einer wesentlichen Kürzung ihrer Erzeugung gezwungen sind. Für die Zuckerindustrie ist von Bedeutung, daß der Rübenpreis für 1918 auf das Doppelte, von 6 auf 12 K. pro Meterzentner erhöht worden ist und eine Erhöhung der Zuckersteuer von 38 auf 54 K. in Aussicht steht.

### Die Transportunternehmen im Jahre 1917.

Für die Eisenbahnen ist das abgelaufene Jahr ein ereignisreiches gewesen. Die Mehreinnahmen, die besonders bei den Staatsbahnen sehr stark waren, konnten nicht verhindern, daß sich per Saldo gegen das vorangegangene Jahr ein starker Ausfall ergibt. Insbesondere bei der Südbahn hat die durch das rapid gestiegene Ausgabenbudget hervorgerufene Mehrbelastung einen solchen Umfang angenommen, daß sie das schon im Vorjahr zum Vorschein gekommene Defizit noch bedeutend vergrößert. Auch die Russig-Teplitzer Bahn, in früheren Jahren eine der ertragsreichsten, wird kaum in der Lage sein, eine Dividende zu verteilen. Die Notwendigkeit, die Staatseinnahmen zu vermehren, hat auch wiederholte Tarifierhöhungen im vergangenen Jahre zur Folge gehabt. Am 1. Februar trat sowohl in Oesterreich als in Ungarn ein um 30 Prozent erhöhter Personen- und Gütertarif in Kraft. Seit dem 1. Dezember ist eine weitere 50prozentige Erhöhung der Personentaxen auf den österreichischen Staatsbahnen in Geltung. Die Gütertarife erfahren durch die Aufklassifikation und andre Verfügungen gleichfalls eine weitere Verteuerung.

Was die Schifffahrtsgesellschaften betrifft, so haben die Seeschifffahrtsunternehmen wie in der früheren Kriegszeit wegen der Unterbindung des Seeverkehrs auch im vergangenen Jahre ihre Tätigkeit auf dem offenen Meere noch nicht wiederaufnehmen können und werden daher ihre Bilanzen wiederum mit einem Defizit abschließen müssen. Am 20. Oktober wurde offiziell mitgeteilt, daß drei Lloydsschiffe um 4 Millionen Dollar in Gold verkauft worden sind. Man hat seit der Zeit nichts Näheres darüber gehört, ob das Geld auch in die Taschen der Gesellschaft bereits eingeflossen ist. Von dem Generalkommissär für die Kriegswirtschaft wurde darauf hingewiesen, daß von dem Verkaufspreis vor allem neue Schiffe hergestellt und die Vorschüsse an den

Staat zurückgezahlt werden müssen. Bezüglich der Schiffsverkäufe anderer Gesellschaften ist überhaupt Authentisches nicht in die Öffentlichkeit gedrungen.

### Die Ueberleitung zur Friedenswirtschaft.

Am letzten Tage des Jahres 1917 hätten die Handelsverträge mit Deutschland und einigen neutralen Ländern ablaufen sollen. Der Abschluß neuer Handelsübereinkommen war schon deshalb nicht möglich, weil auch neue Ausgleichsvereinbarungen mit Ungarn noch nicht getroffen werden konnten und Kriegsjahre überhaupt nicht die geeignete Zeit sind, sich auf neuer Basis für länger hinaus zu binden. Es unterblieb daher die Kündigung der Handelsverträge, während bezüglich des Ausgleiches mit Ungarn und des Handelsprivilegiums zu dem Aushilfsmittel einer provisorischen Verlängerung auf zwei Jahre gegriffen wurde. Die Frage, was nach dem Frieden werden soll, beschäftigt aber befreiflicherweise jetzt schon nicht nur die industriellen und kaufmännischen Kreise, sondern man kann sagen die gesamte Bevölkerung. Wie wird sich der Uebergang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft vollziehen? Wir haben jetzt auch ein offizielles Organ, welches sich mit diesem schwierigen Problem beschäftigt. Es ist ein österreichisches Generalkommissariat für die Kriegs- und Friedenswirtschaft geschaffen worden, welches am 16. April seine Tätigkeit begann. Die Handelskammern, die wirtschaftlichen Verbände und die parlamentarischen Kreise befaßten sich gleichfalls sehr angelegentlich mit dem Uebergang, damit sofort nach Beendigung des Krieges das Dringendste und Notwendigste vorgekehrt werden kann und chaotische Zustände vermieden werden. Besonders wichtig ist die Frage der Rohstoffversorgung nach dem Friedensschluß. Manches, was erst nach Herstellung des allgemeinen Friedens zu erwarten gewesen wäre, wird durch den hoffentlich bald zustande kommenden Frieden mit Rußland zum Austausch gegen von uns auszuführende Artikel zu erhalten sein. Schon hat nach amtlichen Mitteilungen der Handelsverkehr mit Rußland an einigen Punkten begonnen. Um aus überseeischen Ländern Waren und insbesondere Rohstoffe zu bekommen, darüber wird nicht bloß mit der eigentlichen Entente, sondern mit allen Ländern, die sich ihr angeschlossen haben, den Vereinigten Staaten, Brasilien, Kuba usw., beim Friedensschlusse zu reden sein. Der angebrochte Wirtschaftskrieg nach dem Kriege wird nicht zur Tatsache werden. Dafür wird seinerzeit bei den Verhandlungen über den allgemeinen Frieden gesorgt werden. Schließlich haben ja diese Staaten nicht wegen unsrer schönen Augen und auch nicht aus besonderer Freundschaft, sondern in ihrem eigenen Interesse mit uns Handel getrieben. Sie werden auf das mitteleuropäische Absatzgebiet auch in Zukunft nicht verzichten können.